

Mag. Claudia Hohenauer
Fürstenweg 86
6020 Innsbruck

Innsbruck, am 20. September 2013

Stellungnahme zum Entwurf der Dienstrechtsnovelle 2013 – pädagogischer Dienst

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte hiermit eine persönliche Stellungnahme zur Dienstrechtsnovelle 2013 – pädagogischer Dienst abgeben.

Die in der Novelle vorgesehenen Änderungen bezüglich des Lehrerdienstrechtes sind leistungsfeindlich, unsolidarisch und sowohl LehrerInnen, aber auch Eltern und SchülerInnen gegenüber, schlichtweg unzumutbar, da sie in Folge eine deutliche Qualitätsminderung im Schulwesen hervorrufen werden. In Wahrheit handelt es sich um ein reines Sparpaket, welches der Bevölkerung zynischer Weise als Verbesserung des derzeitigen Schulsystems verkauft wird. Dass dies außerdem ohne Zustimmung der Sozialpartner geschehen soll, ist eine Unverschämtheit und einer demokratisch gewählten Regierung nicht würdig. Daher ist der Entwurf zur Gänze abzulehnen.

Ich möchte nur einige Punkte hervorheben:

- Durch die eklatante Arbeitserhöhung wird die individuelle Betreuung der SchülerInnen verschlechtert, und nicht, wie von der Regierung immer angepriesen, ausgebaut. Einfache Rechnung: Erhöhung der Lehrverpflichtung = Mehr SchülerInnen = weniger Zeit für jede(n) einzelne(n).
- Das neue Dienstrecht wird in der vorgeschlagenen Fassung **vernunftbegabte** junge Menschen vom Einstieg in den Lehrberuf abhalten. Daher werden nicht die "Besten" in Zukunft den Lehrberuf ergreifen, wie gefordert, da sie in anderen Berufen wesentlich bessere Arbeitsbedingungen haben werden (Gehalt, Arbeitsplatz, Arbeitszeiten, Anerkennung durch den Dienstgeber.....). Da jetzt schon (zumindest in einigen Fächern – vor allem Naturwissenschaften) ein Mangel an Junglehrern herrscht, werden in Zukunft besonders diese Fächer von nicht dafür ausgebildeten KollegInnen unterrichtet werden müssen. Wie dies mit einer Qualitätssteigerung des Unterrichts einhergehen soll, ist nicht nachvollziehbar.
- Ein Masterstudium berufsbegleitend zu absolvieren ist für LehrerInnen in den ersten Dienstjahren absolut nicht machbar. Auch die Induktionsphase (volle Lehrverpflichtung, Veranstaltungen an der PH oder UNI in der unterrichtsfreien Zeit) entbehrt jeder Realität.
- Die fachliche Ausbildung der JunglehrerInnen wird durch die Reduktion des Anstellungserfordernisses auf Bachelorniveau vermindert. In der vielbeworbenen Neuen Mittelschule wurden extra FachlehrerInnen aus der AHS, eben genau in ihren Fächern dort eingesetzt um eine Qualitätssteigerung zu erreichen. Weshalb hat die Fachkompetenz nun plötzlich keinen Wert mehr?

- Die Tatsache, dass zukünftige LehrerInnen in jedem Fach und jeder Schule eingesetzt werden können, ist eine Geringschätzung der Fachkompetenzen der einzelnen Lehrpersonen und schlichtweg eine Verschlechterung der Schulqualität in allen Schulen und eine Verringerung der Wettbewerbschancen für österreichische SchülerInnen betreffend Studium oder Berufswahl. Eine Verschlechterung der Ergebnisse bei den standardisierten Reife- und Diplomprüfungen darf erwartet werden.
In Wahrheit handelt es sich auch hier um eine reine Sparmaßnahme. Kürzere Ausbildung der LehrerInnen = Weniger Gehalt
- Die Abschaffung der Lehrverpflichtungsgruppen negiert den großen zeitlichen Mehraufwand der Korrekturfächer. Eine Abgeltung durch Zulagen kann dies daher nicht kompensieren.
- Im Entwurf fehlt jeder Hinweis auf den Ausbau des mittleren Managements, wie bisher immer versprochen.
- Die vorhergesehene Anwesenheit der Schulleitung während der gesamten Unterrichtszeit zeigt die Ahnungslosigkeit der Ministerien über den realen Schulbetrieb (in der Regel 8:00 bis 18:00 Uhr), bzw. deren Ignoranz.
- Der Entwurf zielt ganz eindeutig auf die Abschaffung der AHS hin. Vergleicht man die Schulorganisation mit einem Wirtschaftsbetrieb, so würde man dort die Produktion jenes Produktes einstellen, welches sich am besten verkauft (siehe Zustrom zur AHS trotz vehementer Förderung der NMS), was wohl kein vernünftiger Mensch anstreben würde.

In großer Sorge um die Zukunft der österreichischen Schule, ersuche ich alle Verantwortlichen sich zu besinnen, und in ernsthaften Verhandlungen mit der Gewerkschaft ein Dienstrecht zu erstellen, welches JunglehrerInnen tatsächlich die Möglichkeit gibt SchülerInnen auf die steigenden Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Hochachtungsvoll

Mag. Claudia Hohenauer